



# Tax Freedom Day 2023

Der Tax Freedom Day fällt in Österreich im Jahr 2023 auf Dienstag, den **15. August**.

Ab diesem Tag muss der durchschnittliche österreichische Steuerzahler rein rechnerisch betrachtet von seinem jährlich erwirtschafteten Einkommen nichts mehr an die Staatskasse abliefern.

Nach den Berechnungen des Austrian Economics Centers und des Hayek Instituts können die Steuerzahler ab diesem „Steuerzahlergedenktag“ (auch Steuerzahlerstag genannt) über ihr Einkommen dann praktisch frei verfügen.

2022 fiel der Tax Freedom Day (TFD) in Österreich – nach Berechnung mit den revidierten und endgültigen Jahresdaten – auf den 14. August.

Im Jahr 2021 mussten die österreichischen Steuerzahler bis zum 8. August warten, um – salopp formuliert – endlich in die eigene Tasche wirtschaften zu können. Im Jahr 2020 lag der Tax Freedom Day nach den revidierten Daten am 31. Juli. In den letzten Jahren hat sich der TFD also deutlich nach hinten verschoben.

## Was ist der Tax Freedom Day?

Die Berechnung des Tax Freedom Day beantwortet die Frage, wie lange die österreichische Volkswirtschaft braucht, um ausschließlich die jährlich vorgegebenen Steuern und Abgaben zu bezahlen.

Der Tax Freedom Day ist somit der erste Tag eines Jahres, an dem das von der Volkswirtschaft erwirtschaftete Einkommen nicht mehr zur Bezahlung von Steuern und Abgaben an den Staat abgeliefert werden muss, sondern tatsächlich in die eigene Tasche der wirtschaftlichen Akteure wandert.

Anders und einfach gesagt: von den 365 Tagen des Jahres 2023 müssen die Österreicher also mehr als 227 Tage lang für den Staat arbeiten, um alle Steuern und Abgaben abzuliefern (von direkten Steuern wie Lohn- und Körperschaftsteuer über indirekte Steuern wie Mehrwertsteuer bis hin zu den Sozialbeiträgen).

## Zur Kritik am Tax Freedom Day

Der Tax Freedom Day ist ein symbolischer Tag, der den Bürgern die Höhe der Abgabenlast bewusst und sie auf die (bisher) zumeist zunehmende Steuerbelastung aufmerksam machen soll. Wir wollen mit dem Tax Freedom Day unter anderem auch eine Diskussionsgrundlage für Themen wie Steuerreform, Wirtschaftsstandort Österreich, Transferleistungen und die „Gerechtigkeit“ des Steuersystems bieten.

Die theoretischen Berechnungen zum Tax Freedom Day veranschaulichen die Steuerbelastung einer Volkswirtschaft auf leicht verständliche Weise und machen somit steuerrelevante Themen für eine breite Öffentlichkeit zugänglich.

Einige Kritiker des in seiner Botschaft durchaus plakativen TFD meinen immer wieder, dass in dieser Form der Bevölkerung lediglich vermittelt werde, ein „gieriger und böser Staat“ nimmt seinen brav arbeitenden Bürgern nur das Geld weg. Dass der Staat jedoch mit diesem Geld eine Fülle an Aufgaben zu erledigen hat, die letztlich allen wieder zu Gute kommen, fällt so unter den Tisch.

Dem ist zu entgegnen, dass die Bevölkerung auch ein Anrecht darauf hat, dass die für die staatlichen, öffentlichen Leistungen aufgewendeten Gelder effizient eingesetzt

werden. Eine immer größer werdende Abgabenlast muss deshalb auch klar aufgezeigt und ihr – wenn notwendig – auch Grenzen gesetzt werden. Um dies bewerkstelligen zu können, liefern wir mit dem Tax Freedom Day eine gute Gesprächsbasis.

## Wer berechnet den Tax Freedom Day?

Die Tax Foundation in Washington D.C., USA, entwickelte das Konzept, das von mehreren Wirtschaftsinstituten wie beispielsweise dem Adam Smith Institute in Großbritannien oder dem Karl-Bräuer Institut des Bundes der Steuerzahler Deutschland aufgegriffen wurde.

Mit freundlicher Unterstützung des Karl-Bräuer-Instituts des Bundes der Steuerzahler Deutschland wird dieser Tag seit dem Jahr 2010 durch das Austrian Economics Center und das Hayek Institut für Österreich berechnet (rückwirkend bis in das Jahr 1976).

## Die Berechnung des Tax Freedom Day

Um zu einer anschaulichen Darstellung des Tax Freedom Day zu gelangen, werden die zu zahlenden Steuern und Abgaben ins Verhältnis zum Einkommen der Haushalte und Unternehmen in Österreich gesetzt. Im nächsten Schritt wird der daraus errechnete Prozentsatz auf das Jahr mit 365 Tagen umgelegt und man erhält so den Tax Freedom Day.

Der Tax Freedom Day zeigt also die gesamte Steuer- und Abgabenbelastung, die durchschnittlich von Steuerzahlern (natürliche Personen und juristische Personen) in Österreich getragen wird. Diese Steuer- und Abgabenbelastung wird als volkswirtschaftliche Einkommensbelastungsquote bezeichnet und berechnet sich als Quotient aus Steuern und Abgaben und dem Volkseinkommen.

Das Volkseinkommen beinhaltet das gesamte in einer Volkswirtschaft von privaten Haushalten sowie Unternehmen erzielte Einkommen, wie Arbeitnehmerentgelte, Unternehmens- und Vermögenseinkommen. Diese makroökonomische Größe gibt

annähernd das gesamte private Einkommen der Wirtschaftssubjekte einer Volkswirtschaft wieder.

Die Steuern und Abgaben beinhalten auf der einen Seite sämtliche direkte Steuern wie zum Beispiel die Lohnsteuer, die Körperschaftsteuer, die Kapitalertragsteuer etc. und indirekte Steuern wie zum Beispiel die Mehrwertsteuer, die Tabaksteuer, die Normverbrauchsabgabe, die Mineralölsteuer und ähnliche.

Auf der anderen Seite inkludieren sie zudem die Sozialbeiträge der Arbeitnehmer, der Arbeitgeber, von Selbstständigen und Nichterwerbstätigen. Natürlich dienen diese Abgaben dazu, die Aufgaben und Leistungen des Staates zu finanzieren. Aber sie müssen durch alle Haushalte und alle Unternehmen in Österreich erst erwirtschaftet werden, um schließlich im zweiten Schritt eine Umverteilung zu gewährleisten.

Die vom Austrian Economics Center und Hayek Institut für alle Berechnungen herangezogenen und verwendeten Zahlen beruhen auf Daten der Statistik Austria sowie auf Prognosen des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO) und des Bundesministeriums für Finanzen (BMF).

## Unterschiedliche Berechnungsmethoden: Volkseinkommen oder Bruttoinlandsprodukt?

Häufig findet man auch Berechnungen auf Basis des Bruttoinlandsproduktes. Dieses enthält jedoch Verzerrungen wie beispielsweise Abschreibungen und stellt somit nicht korrekt auf das Einkommen der Volkswirtschaft ab. Die Summe des Bruttoinlandsprodukts ist grundsätzlich höher als die des Volkseinkommens, wodurch sich ein früherer Zeitpunkt für den Tax Freedom Day ergäbe.

Kritisiert wird an der Methode auf Basis des Bruttoinlandsproduktes (BIP), dass dieses noch Abschreibungen enthält und somit kein geeignetes Maß für das Einkommen einer Volkswirtschaft darstellt. Weiterhin kann kritisch gesehen werden, dass das Bruttoinlandsprodukt Importabgaben beinhaltet, die wiederum zu einer Verzerrung führen.

Auch wenn die Berechnung auf Basis des Bruttoinlandsproduktes durch die OECD publiziert wird, so enthält diese Methode deutliche Verzerrungen. Aus diesem Grund führen bedeutende Wirtschaftsinstitute weltweit die Kalkulation auf Grundlage des Volkseinkommens durch. Aus volkswirtschaftlicher Sicht muss die Steuer- und Abgabenbelastung letztlich von den Einkommen getragen werden, die in einer Volkswirtschaft erwirtschaftet werden.

Um nun zu bestimmen, in welchem prozentualen Umfang die von privaten Haushalten und Unternehmen erzielten Einkommen (Volkseinkommen, definiert nach ESVG als Arbeitnehmerentgelt Unternehmens- und Vermögenseinkommen) tatsächlich durch staatliche Abgaben belastet werden, muss daher die Gesamtsumme aus Steuern und Sozialabgaben ins Verhältnis zum Volkseinkommen gesetzt werden.

Das Austrian Economics Center hat sich nach eingehender interner Diskussion aus fachlicher Sicht für das niedrigere Volkseinkommen entschieden und stützt sich dabei auf die Methode des Karl-Bräuer-Instituts des Bundes der Steuerzahler Deutschland. Neben Deutschland wird diese Berechnungsweise unter anderem in Großbritannien vom Adam Smith Institute und von der Tax Foundation in den USA angewendet.

## Entwicklung des Tax Freedom Day in Österreich

Das Austrian Economics Center und Hayek Institut haben den Tax Freedom Day rückwirkend bis zum Jahr 1976, nach dem Volkseinkommen (VE), nach dem Nettonationaleinkommen zu Marktpreisen (NNE) und nach dem BIP, berechnet.

Da wir den Tax Freedom Day jedes Jahr auf Grundlage der aktuellsten Daten neu berechnen und der Tax Freedom Day für das aktuelle Jahr 2023 auf Grundlage von Prognosen berechnet wird, kann es je nach Datenrevision und Abweichungen der Prognosen zu nachträglichen Verschiebungen beim Tax Freedom Day der vergangenen Jahre kommen.

## Tax Freedom Day (Steuerzahlergedenktag) 2023

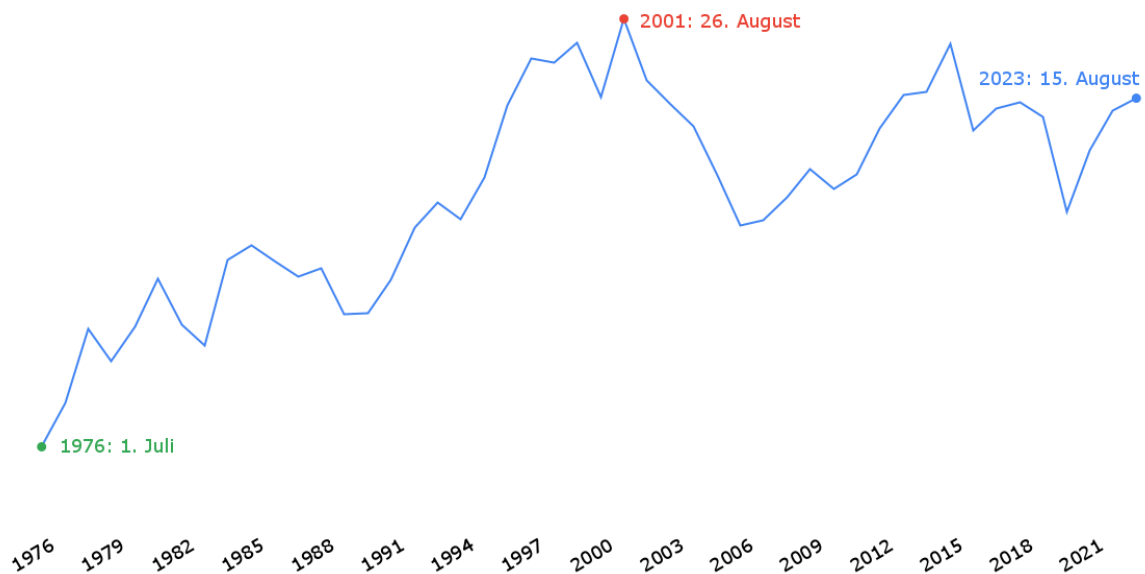
---

Das war auch im Jahr 2022 der Fall: der Tax Freedom Day war für den 15. August prognostiziert worden, nach den neuesten Daten errechnet, fällt er jedoch tatsächlich auf den 14. August.

Historisch betrachtet hat sich der Tax Freedom Day nach allen Berechnungsarten in Österreich weit nach hinten verschoben (siehe Grafik hier und im Anhang).



### Tax Freedom Day (VE)



Gerechnet nach dem Volkseinkommen wanderte der TFD vom 1. Juli im Jahr 1976 bis zum 26. August im Jahr 2001, dem bisherigen Höchststand. Dann gab es bis 2006 eine kurze rückläufige Entwicklung, die sich in weiterer Folge (Finanzkrise) bis zum Jahr 2015 mit dem TFD am 22. August wieder umkehrte.

2016 hat sich der Tax Freedom Day wieder etwas nach vorne verschoben, um dann in den folgenden Jahren wieder nach hinten zu wandern. Im Jahr vor der Pandemie, also 2019, hat sich der TFD wieder nach vorne verschoben, was auf ein relativ starkes Wachstum des Volkseinkommens bei moderatem Wachstum bei den Abgaben zurückzuführen ist. Seit dem Beginn der Pandemie hat sich der TFD zunächst im Jahr 2020 weiter nach vorne verschoben – das könnte auch eine Folge der ersten steuerlichen Hilfsmaßnahmen sein. Die Steuereinnahmen sanken – auch wegen des

wirtschaftlichen Aktivitätsrückgangs – um über 5%. Seit dem Jahr 2021 hat er sich wieder nach hinten verschoben, um 2022 und 2023 auf einem ähnlichen Niveau zu liegen wie bereits 2017 und 2018. Auf Grundlage der Prognosedaten für 2023 wird sich der Tax Freedom Day heuer wieder leicht nach hinten verschieben und auf den 15. August fallen.

Die positive Entwicklung beim Tax Freedom Day im Jahr 2016 dürfte vor allem auf die gute Konjunkturlage zurückzuführen sein. Die Abgaben stiegen im Jahr 2016 um etwa 700 Millionen Euro, während das Volkseinkommen um fast 14 Milliarden Euro gestiegen ist. Pro erwerbstätiger Person sind das ein Plus von 160 Euro bei den Abgaben sowie ein Plus von 3250 Euro beim Einkommen.

Der Anstieg bei den Abgaben zeigt, dass der Rückgang der Belastungsquote nicht oder zumindest nicht hauptsächlich auf echten Einsparungen beruhte, sondern auf den überproportional gestiegenen Einkommen. In den Jahren danach stieg der Tax Freedom Day – folgend dem langfristigen Trend – wieder leicht an, sodass er sich bis ins Jahr 2019, also vor den Pandemiemaßnahmen, etwas nach hinten verschob.

Im Jahr 2020 kam es jedoch zu einer höchst seltenen Situation: Zu einem nominellen Sinken der Abgaben nämlich. Diese brachen – vor allem pandemiebedingt – um knapp über 9 Milliarden Euro ein, während das Volkseinkommen leicht wuchs (1,5 Milliarden Euro). Das hatte eine Verschiebung des TFD nach vorne zur Folge, welche allerdings keine nachhaltige Entwicklung beziehungsweise Trendumkehr darstellte.

Hier wären dringend Impulse seitens der Politik gefragt gewesen, denn erstens hat sich in der Krise gezeigt, dass die hohe steuerliche Belastung zu einer teils mangelhaften privaten Krisenvorsorge wie beispielsweise einer zu geringen Eigenkapitalausstattung geführt hat. Mit einer geringeren Abgabenbelastung könnte man also für eine krisenfeste Wirtschaft sorgen und dadurch die Hilfszahlungen im Krisenfall niedrig halten.

Zweitens sind Entlastungen notwendig, um sicherzustellen, dass Krisen möglichst schnell überwunden werden können. Das gilt nicht nur, aber auch, auf Ebene der Abgaben. Diese Entlastungen müssen auch im Bereich von Regulierungen stattfinden, weil solche Entlastungen einen signifikanten Dämpfungseffekt auf die Inflation haben können – über die Ausweitung der Produktion. Besonders im Bereich

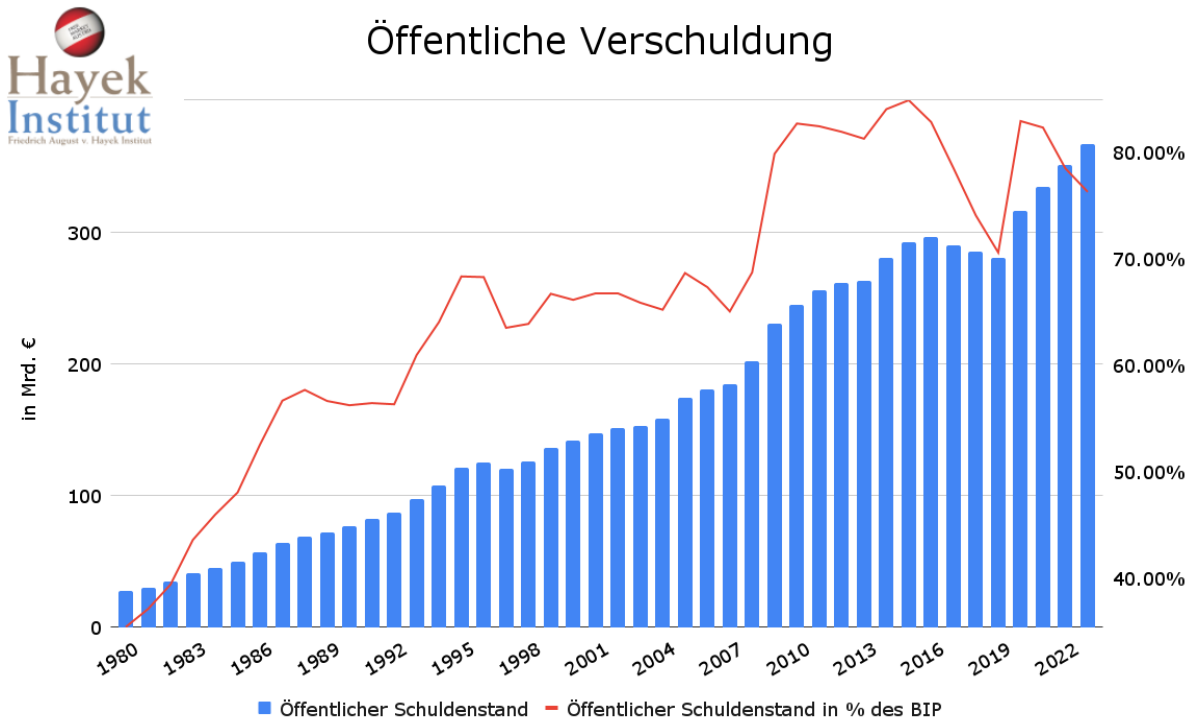
der Energiegewinnung müssen staatliche Verbote und Vorschriften dringend überdacht werden, um den zukünftigen Wohlstand nicht weiter zu zerstören oder zu gefährden.

Drittens zeigt sich im Bereich der innovativen Wirtschaftssektoren, dass sich diese vor allem dort ansiedeln, wo die Abgabenbelastung niedrig ist und allgemein eine innovationsfreundliche Atmosphäre herrscht. Wenn Österreich weiterhin auf hohe Abgaben besteht, droht es, im internationalen Wettbewerb an Boden zu verlieren – ein Problem, dem fast alle Länder der EU gegenüberstehen.

Der langfristige Trend einer steigenden Einkommensbelastung konnte bisher trotz anderslautender politischer Beteuerungen und Versprechungen nicht nachhaltig gebrochen werden. Seit 1976 stieg das Volkseinkommen jährlich im Durchschnitt um 4,63%, während die Steuern und Sozialabgaben jährlich um durchschnittlich 5,14% anstiegen. Die volkswirtschaftliche Einkommensbelastungsquote, also das Verhältnis von Steuern und Sozialabgaben zum Volkseinkommen, ist von unter 50% auf zwischenzeitlich knapp 65,3% im Jahr 2001 – derzeit 62,4% – gewachsen.

Einen wichtigen Aspekt neben der steigenden Abgabenbelastung stellt die zunehmende Staatsverschuldung dar. Eine wachsende Steuerlast geht nicht automatisch einher mit der Tilgung des öffentlichen Schuldenstandes – wie man an der Entwicklung sieht. Der Schuldenstand steigt im langfristigen Trend immer weiter an – wenngleich seit vielen Jahren ein Sinken der Schuldenquote prognostiziert wird. Es ist fraglich, ob die Prognosen, die nun ein Sinken der Schulden in die Nähe von 60% des BIPs in einigen Jahren ankündigen, diesmal richtig liegen.





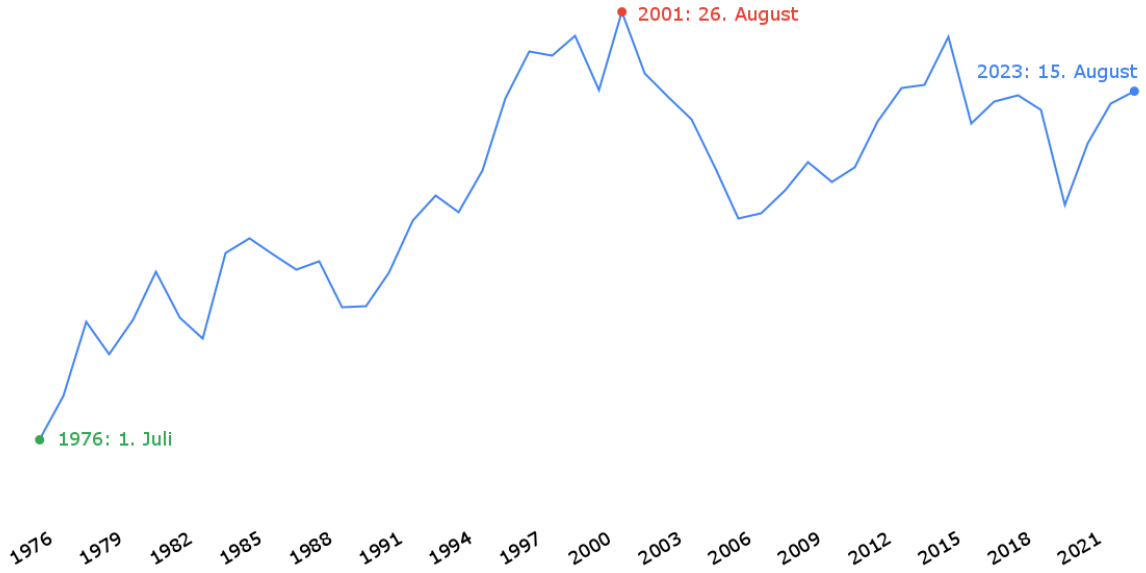
Auch droht die Verschleppung von Reformen bei staatlichen Strukturen und Systemen im Allgemeinen und beim Pensionssystem im Speziellen zu einem großen Problem hinsichtlich des Anwachsens der Staatsschulden in den kommenden Jahren zu werden. Dieses Problem wird noch dadurch verschärft, dass es im Rahmen der Inflationsbekämpfung zu steigenden Zinsen und damit auch zu steigenden budgetären Kosten für Schulden kommen wird und bereits kommt. Damit zukünftige Generationen in der Lage sind, diese Schulden zu tilgen, müssen entweder die Ausgaben des Staates deutlich gesenkt werden oder die Steuereinnahmen müssten deutlich steigen, was eine weitere Erhöhung der Abgabenquote und damit einen noch späteren Tax Freedom Day bedeuten würde. Ein heutiges Budgetdefizit, welches durch Neuverschuldung finanziert wird, lässt somit uns und unsere Nachkommen in Zukunft noch länger für den Staat arbeiten.

## Anhang

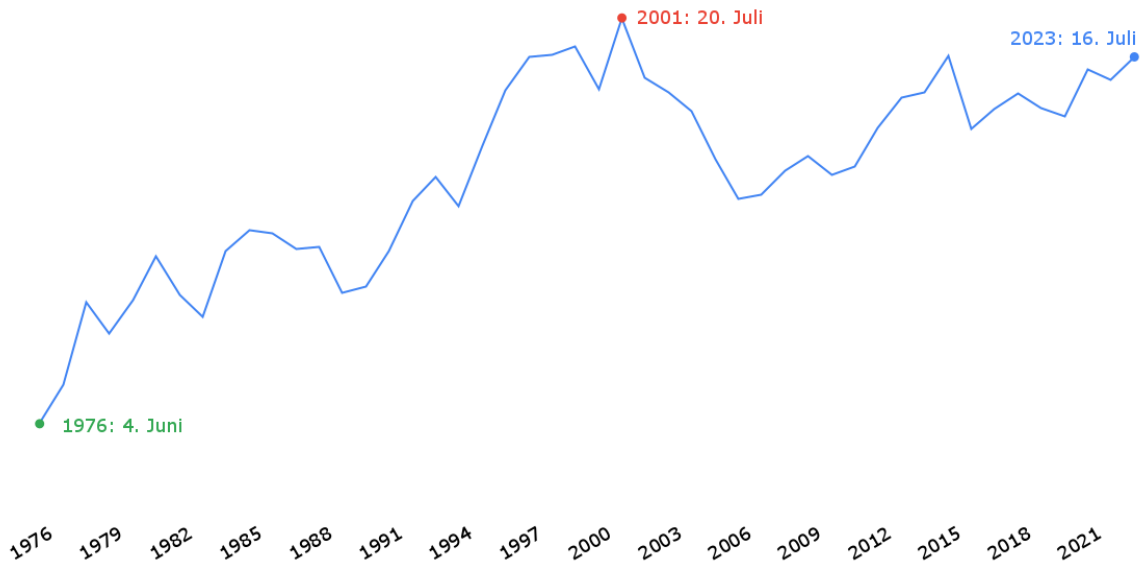
Hier finden sich die Grafiken. Die Datenquellen sind in allen Fällen Statistik Austria, und für die Prognosedaten wurden Daten des WIFO und des BMF verwendet.



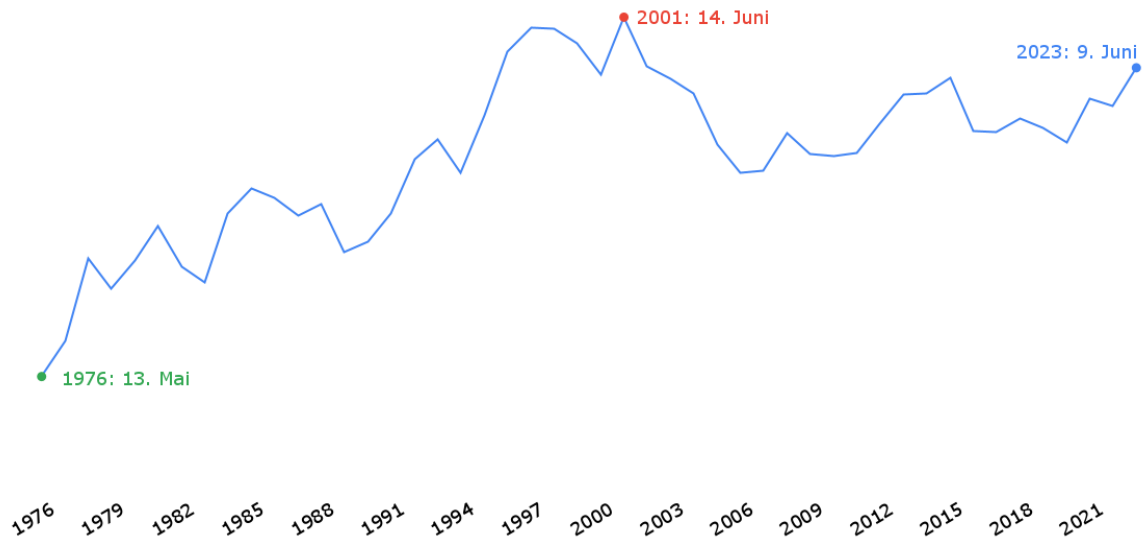
## Tax Freedom Day (VE)



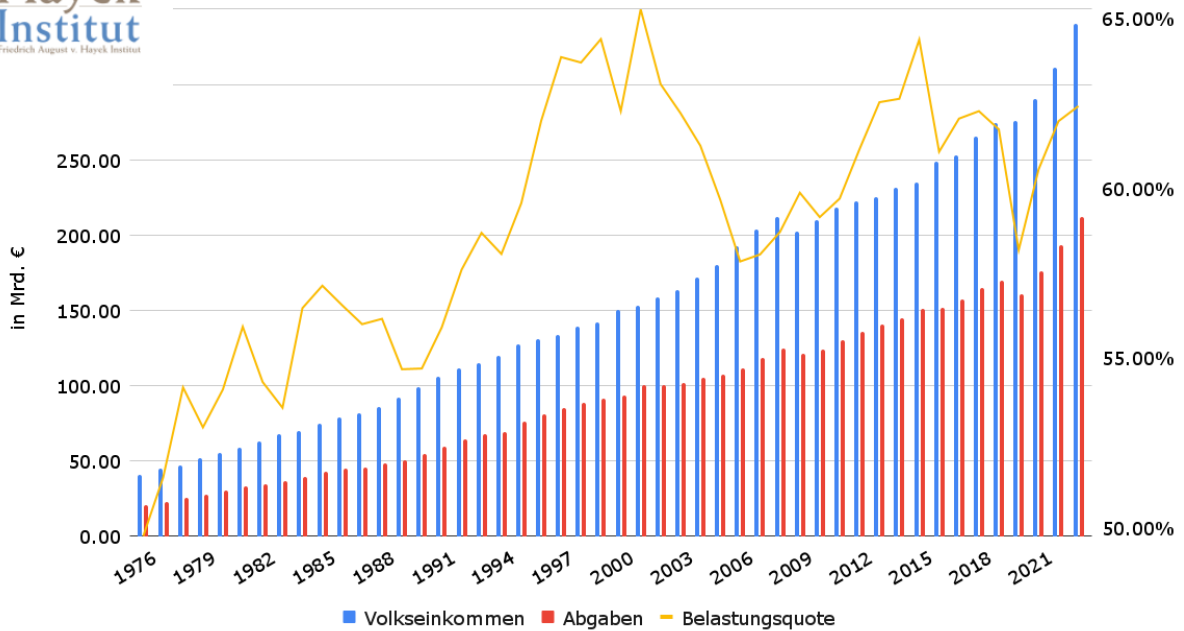
## Tax Freedom Day (NNE)



## Tax Freedom Day (BIP)

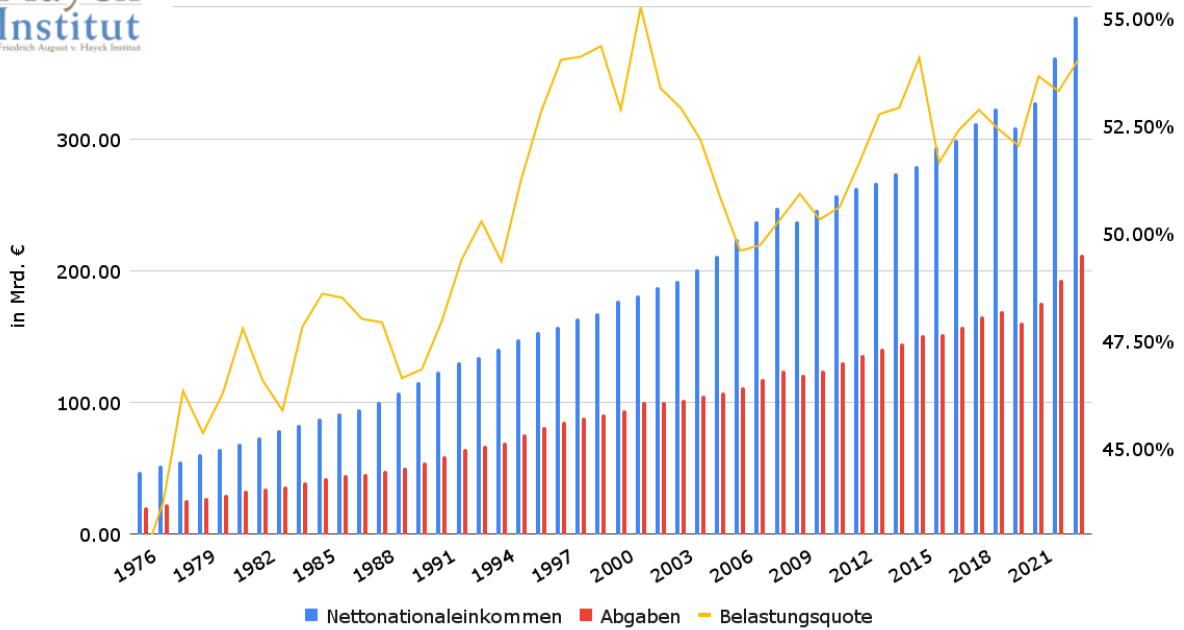


## Einkommensbelastungsquote (VE)

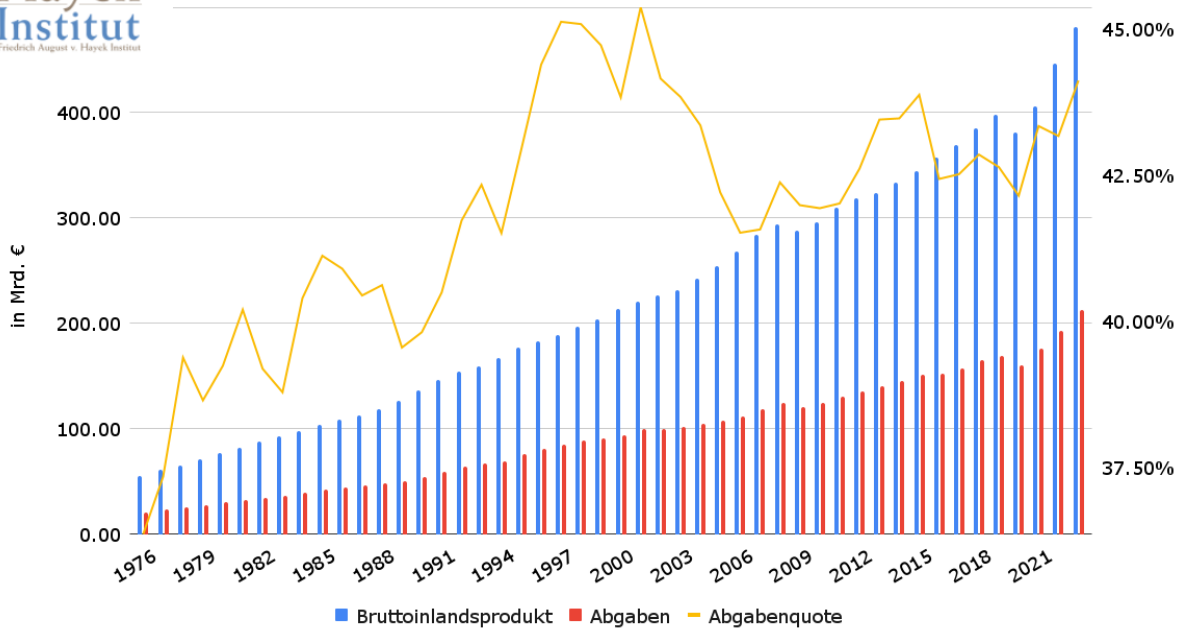




### Einkommensbelastungsquote (NNE)

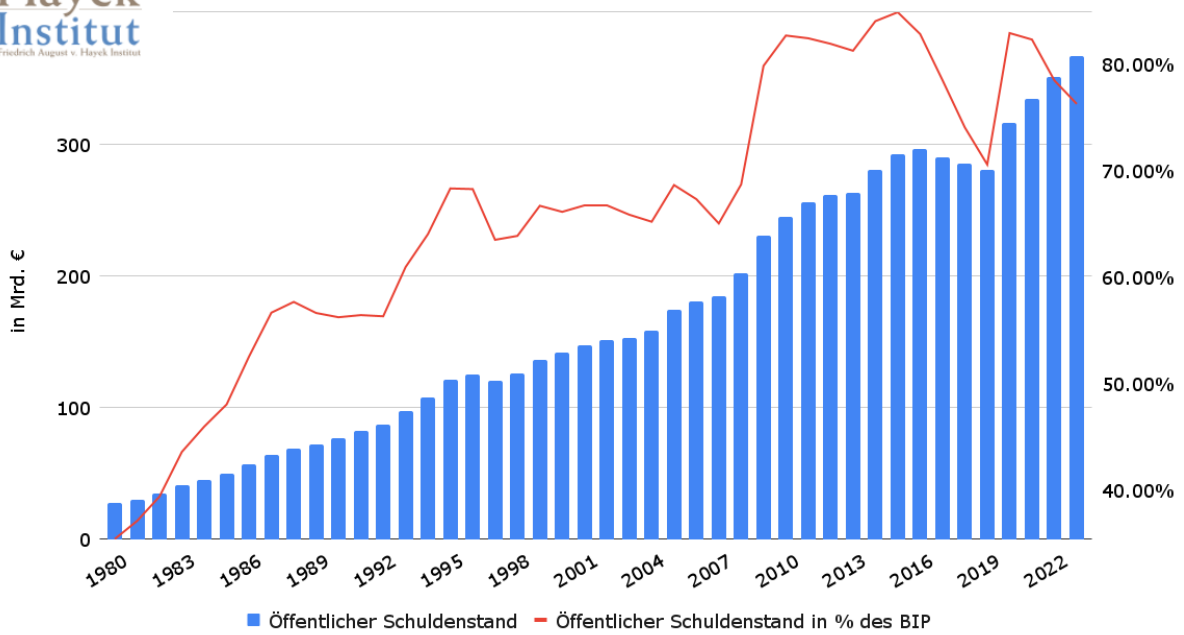


### Abgabenquote (BIP)



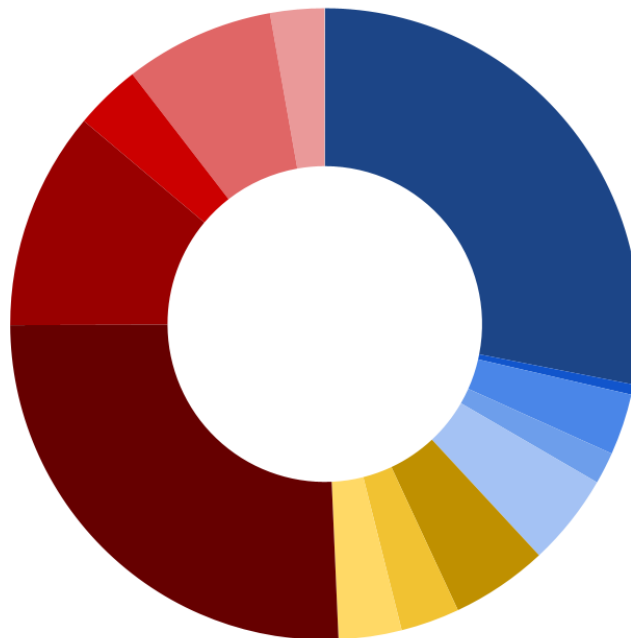


## Öffentliche Verschuldung



## Steuern (2022: 149 Tage)

- Mehrwertsteuern
- Importabgaben
- Minerölsteuer
- Tabaksteuer
- Sonstige Gütersteuern
- Dienstgeberbeiträge zum AFFB/FLAF
- Kommunalsteuer
- Sonstige Produktionsabgaben
- Lohnsteuer
- Körperschaftsteuer
- Kapitalertragsteuer
- Sonstige Einkommensteuern
- Sonstige direkte Steuern und Abgaben
- Vermögenswirksame Steuern



### Sozialbeiträge (2022: 78 Tage)

- Pensionsversicherung
- Krankenversicherung
- Unfallversicherung
- Arbeitslosenversicherung
- Sonstige Sozialbeiträge

